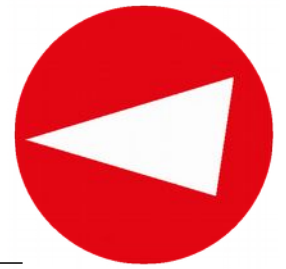


STANDPUNKTE



DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen & LINKE LISTE Reutlingen

Publikation Frühjahr 2019

Am 26. Mai LINKS wählen

Zum dritten Mal treten die LINKE LISTE und DIE LINKE in Reutlingen bei den Gemeinderats- und Kreistagswahlen an. Unser Ziel ist es, mit jeweils mindestens drei Kandidat*innen in die Gremien einzuziehen, um endlich auch im wichtigen Bauausschuss vertreten zu sein und um Reutlingen weiterhin sozial, ökologisch und solidarisch zu prägen.

**Soziale
Kommune.
Solidarisches
Europa.**

Wofür wir stehen

Kommunalpolitik wird nicht nur im Gemeinderat gemacht. Es gibt zahlreiche Initiativen, Vereine und Verbände, die ihren Einfluss geltend machen. Für deren berechnete Anliegen setzen wir uns ein – aber gerade auch für Menschen, die sich nicht selbst organisieren, deren Stimmen nicht oder zu wenig gehört werden: Menschen mit niedrigem Einkommen, körperlich eingeschränkte, Menschen, die zu jung oder zu alt sind, um ihre Interessen selbst zu vertreten.

Menschengerechte Stadt

Wir wollen eine menschengerechte, nicht eine autogerechte Stadt! Wir brauchen vernünftige Fuß- und Radwege, Barrierefreiheit und einen für jeden bezahlbaren, besser noch kostenlosen ÖPNV. Die autofreie Altstadt, wie sie auf unseren Antrag hin beschlossen wurde, wird den öffentlichen Raum attraktiver machen.

Bezahlbares Wohnen

Doch was bringen diese Verbesserungen, wenn selbst Menschen mit mittlerem Einkommen es immer schwerer haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden, wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigte? Wir fordern daher eine klare Politik gegen die Überkommerzialisierung von Wohnraum. Insbesondere fordern wir, den echten Anteil an Sozialwohnungen zu erhöhen.

Solidarität auf ganzer Linie

Wir setzen uns für eine solidarische Gesellschaft ein. Das bedeutet Gleichberechtigung aller Geschlechter. Das bedeutet eine würdevolle Pflege alter und kranker Menschen, sowie angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Das bedeutet auch gute Bildung für alle Kinder und Jugendliche. Das bedeutet nicht zuletzt respektvollen Umgang

...bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Gesundheit wird zur Ware
Kreiskliniken Reutlingen

Seite 2

Bericht aus Berlin
**Recht auf Homeoffice
braucht klare Regeln**

Seite 3

Erfolgreiche Politik
LINKS wirkt

Seite 3

Der Ast auf dem wir sitzen
**Umweltschutz beginnt
in der Kommune**

Seite 4

Solidarität statt Spaltung
Kein Platz für Rassismus

Seite 5

Gemeinderat und Kreistag
Unsere Kandidaten

Seite 6

Darf nicht gewählt werden
**Unser Kandidat:
Dervis Gülşoy**

Seite 8

Mobilität in Reutlingen
Green-City-Plan

Seite 8

Reutlinger Bündnis
ROSA stellt sich vor

Seite 9

Für 1 Euro am Tag
ÖPNV-Tickets

Seite 9

Claudia Haydt
**EUropa nicht den anderen
überlassen**

Seite 10

Würde am Arbeitsplatz
**Schluss mit Arbeiten bis
zum Umfallen**

Seite 11

Zu laut geworden?
ATTAC

Seite 11

Links in Reutlingen, Termine, Kontakte und Impressum

Über uns

Seite 12

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

mit allen Menschen: Nachbarn, Flüchtlingen, Andersdenkenden.

Das bedeutet aber nicht Toleranz oder Nachsicht gegenüber Hassparolen und Rassismus in jeglicher Form. Die LINKE LISTE wendet sich konsequent gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung, auch wenn sie sich als Patriotismus oder Nationalismus tarnen.

Ökologische Wende regional

Da eine gerechte Gesellschaft nicht nur die heute lebenden und wählenden Menschen berücksichtigen darf, sondern auch die heranwachsenden und künftigen Generationen, muss linke Politik immer auch Umweltschutz und Nachhaltigkeit beinhalten. Ökologische Politik lässt sich schon auf kommunaler Ebene sehr gut umsetzen, wenn der politische Wille vorhanden ist. Insbesondere was die Energieversorgung angeht und den Erhalt und Ausbau von Grünflächen.

Bisher wird viel zu wenig in diese Richtung getan. Bei den meisten anderen Parteien bleibt es bei bloßen Lippenbekenntnissen.

Linke Politik auch in der EU

Angesichts des Zustands der Welt ist vollkommen klar, dass es so nicht weitergehen kann, selbst wenn man das wollte. Die EU wurde als Friedensprojekt gegründet. Trotzdem wird uns suggeriert, wir müssten mehr Geld in die Rüstung stecken, wir bräuchten eine EU-Armee, um uns gegen welche Feinde eigentlich zu verteidigen?

Die letzte Finanzkrise hat einmal mehr gezeigt, dass die ökonomischen Theorien, nach denen sich die EU-Gremien ausrichten, nicht funktionieren. Wir brauchen einen bescheideneren und dafür klarsichtigeren und auf das Wohl der Menschen bedachten Umgang mit der Wirtschaft. Und wir brauchen auch hier und weltweit das Prinzip der Solidarität statt Abschottung und Vorteilssuche.



Unsere vollständigen Wahlprogramme: die-linke-reutlingen.de

Zukunft der Kreiskliniken Reutlingen

Die Kreiskliniken Reutlingen mit ihren drei Standorten Reutlingen, Bad Urach und Münsingen sind eine gemeinnützige GmbH in 100 %-iger Trägerschaft des Landkreises. Geschäftsführung und ein Aufsichtsrat führen und kontrollieren die Kliniken. Die Verträge der beiden Geschäftsführer enden nächstes Jahr – Anlass für die aktuelle Diskussion über zukünftige Geschäftsführung und Organisationsform der Kliniken. Betroffen sind nicht nur die Gesundheitsversorgung der Bürger*innen, sondern auch die Arbeitsplatzsicherheit, die Einkommen und die Arbeitsbedingungen der Klinikbeschäftigten.

Ausgangspunkt bildet die finanzielle Lage der Kreiskliniken: Im Klinikhaushalt klafft 2018 ein Minus von 5 Mio. €. Die Verluste schwanken seit 2003 zwischen 9,5 und 2,7 Mio.€.

Dabei ist die wirtschaftliche Lage der Kreiskliniken eigentlich gar nicht so schlecht. Die Einnahmen aus den Fallabrechnungen sollen die Kosten für den laufenden Betrieb wie Personal, Sachkosten, kleinere Reparaturen, Medikamente usw. decken. Das tun sie in Reutlingen auch. Der reine Betriebskostenhaushalt weist einen Überschuss aus von 2,5 Mio.€. Ursache der Defizite bilden also die Investitionen.

Für Investitionen - also Neubauten, größere Instandsetzungen, Anschaffung von Großgeräten - sind die Länder zuständig. Wie andere Bundesländer kommt Baden-Württemberg dieser Investitionsverpflichtung nur unzureichend nach: es beteiligt sich an Investitionen lediglich etwa zur Hälfte, der Rest muss durch den Landkreis und die Kliniken selbst aufgebracht werden.

Landrat Reumann hat dem Kreistag vier Lösungsansätze vorgeschlagen:

1. Sanierung in Eigenregie, 2. Einkauf eines externen privaten Managements, 3. Beitritt in eine kreisübergreifende kommunale Krankenhausholding, 4. Verkauf von Gesellschaftsanteilen an private Investoren samt Übernahme der Klinikleitung durch diese.

Eine Privatisierung ist also nicht mehr tabu - sondern steht vor der Tür!

Der angeblichen Logik, dass nur Private einen Klinikbetrieb sachgerecht strukturiert und betriebswirtschaftlich vorzeigbar führen können, wollte DIE LINKE im Kreistag nicht folgen. Nach vorausgegangenem ebenso zahlreichen wie intensiven Gesprächen mit Fachleuten, Klinikmitarbeitern, Betriebsrat und ver.di brachte unsere Fraktion einen bis in Details ausgearbeiteten, vierseitigen vierseitigen Antrag ein:

- Die Geschäftsführung bleibt in Eigenregie des Landkreises Reutlingen
- Entwicklung einer Medizinkonzeption für alle drei Häuser unter gleichberechtigter Beteiligung sämtlicher verantwortlicher Bereiche: Geschäftsführung, Ärzteschaft und Pflege
- Leitungs-, Organisations- und Ablaufstrukturen samt Verträge werden so optimiert, dass die Gesamtverantwortung für dieses Konzept künftig von allen - auch Chefärzten! - gemeinsam getragen sowie durch Aufsichtsrat und Kreistag verschärft überwacht wird

- Das Medizincontrolling der Kliniken (Abrechnung etc.) ist zu ertüchtigen
- Die Gebäude der Kreiskliniken werden in ein eigenständiges Immobilienmanagement ausgegliedert - und dadurch die finanziellen Zwänge für Pflege und Ärzte deutlich entlastet

Teilen dieses Antrags schlossen sich auch die Grünen an. Dennoch konnte sich unsere Haltung in der Beschlussfassung des Kreistags am 29. April nicht durchsetzen: Eine stur konservative 2/3-Mehrheit entschied, für die künftige Geschäftsführung nur Angebote privater Management-Unternehmen einzuholen.

Harte Rationalisierung - am einfachsten beim Personal - ist zu erwarten. Allein mit Optimierung von Einkauf und Abrechnungen wird ein Defizitabbau nicht gelingen. Als Motivation für consequentes Durchgreifen lockt der privaten Geschäftsführung eine erfolgsabhängige Vergütung!

Wer eine bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung will, die allen gleichermaßen zu Gute kommt, hat zu beachten:

- Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur sind von allen zu tragen - und deshalb nicht auf dem Rücken der dort Beschäftigten, sondern über Steuern zu finanzieren.
- Das Land muss endlich seinen Investitionsverpflichtungen voll nachkommen.
- Solange das Land nur teilweise zahlt, steht der Landkreis in der Pflicht. Eine Umwidmung von Betriebskosten in Investitionen darf es nicht geben.
- Krankenhäuser dürfen nicht privaten Betreibern überlassen werden. Gesundheit ist eine öffentliche Aufgabe und keine marktformige Ware.
- Krankenhäuser sollen wirtschaftlich arbeiten und effektiv geführt werden - schließlich geht es um Versicherungsbeiträge und Steuergelder!

Günter Busch, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Wahlkreisbüro MdB Jessica Tatti
Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler,
Kreisräte Fraktion DIE LINKE im Reutlinger
Kreistag



Recht auf Homeoffice braucht klare Regeln

Unlängst hat Bundesminister Heil angekündigt, ein „Recht auf Homeoffice“ einführen zu wollen. Wenn Beschäftigte mehr Einfluss auf ihre Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen erhalten – und damit auch ein Recht auf Arbeiten von zuhause oder einem selbstbestimmten Arbeitsort aus – ist das erst einmal eine gute Sache. Voraussetzung dafür ist aber, dass Homeoffice von den Beschäftigten ausdrücklich gewünscht wird. *MdB Jessica Tatti berichtet aus Berlin*



MdB Jessica Tatti, Sprecherin für Arbeit 4.0 der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Derzeit ist Homeoffice ein sehr privilegiertes Arbeitsmodell, das hauptsächlich gutverdienenden Führungskräften und Beschäftigten in der Informations- und Kommunikationsbranche zur Verfügung steht. Ob sich daran durch die Einführung eines Rechts auf Homeoffice etwas ändert, ist fraglich. Klar ist, dass dieses Recht nicht für alle Beschäftigten umsetzbar ist.

Ein Großteil der Jobs wird auch in Zukunft an einen festen Arbeitsort gebunden sein, zum Beispiel in der Pflege. Zwei Drittel der Beschäftigten, die derzeit nicht im Homeoffice arbeiten, lehnen dieses Arbeitsmodell nach eigenen Angaben sogar ab. Ein Grund dafür ist die Angst vor mehr Überstunden und dem Verschwimmen der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben. Eine Sorge, die berechtigt ist, denn Beschäftigte machen im Homeoffice nachweislich mehr und längere Überstunden als ihre Kolleg*innen im Büro. Dazu kommt es häufiger zu einer Ver-

kürzung der Ruhezeiten. Für Mütter bedeutet Homeoffice oft eine Verschärfung der Doppelbelastung. Was zunächst mehr Freiraum verheißt, kann so am Ende zum Stressfaktor werden.

Dennoch wird Homeoffice von einigen Beschäftigten geschätzt, zum Beispiel um lange Fahrtzeiten zur Arbeit zu sparen oder Berufsverkehr zu vermeiden. Insbesondere Beschäftigte mit Kindern haben überdurchschnittlich häufig Homeoffice-Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber. Sie hoffen, mit dem größeren Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeiten eine bessere Work-Life-Balance zu schaffen.

Ein gesundes Arbeiten im Homeoffice braucht klare gesetzliche Leitplanken. Wichtig ist, dass Homeoffice freiwillig und nur für einige Stunden pro Woche genutzt wird und die Beschäftigten jederzeit die Möglichkeit haben, an einen festen Arbeitsplatz im Unternehmen zurückzukehren. Arbeitgeber dürfen Homeoffice-Vereinbarungen nicht ausnutzen, um Arbeitsschutzrechte zu umgehen oder Büroarbeitsplätze abzubauen.

Mindestens genauso wichtig ist, dass der Arbeitstag im Homeoffice nach der arbeitsvertraglich geregelten Zeit ein Ende findet. Müssen dennoch einmal Überstunden geleistet werden, sind diese vollständig zu erfassen und zu vergüten. Homeoffice-Beschäftigte brauchen wie alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen erholsamen Feierabend. Ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit und eine Anti-Stress-Verordnung sind unabdingbar. Betriebsräte müssen zudem ein zwingendes Mitbestimmungsrecht bei Fragen der Zeitsouveränität und der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben erhalten.

LINKS wirkt!

Auch als derzeit kleinste politische Kraft in Gemeinderat und Kreistag gelingt es uns, mit konstruktiven Vorschlägen Mehrheiten zu gewinnen und Diskussionen anzuregen.

- Wir haben die Diskussion über eine Neuausrichtung der GWG zur freiwilligen Gemeinnützigkeit angestoßen, um den Anteil der Sozialwohnungen bei Neubauten deutlich zu erhöhen
- Beim Doppelhaushalt 2019/20 hatten wir mit einigen Anträgen Erfolg: Zuschüsse für das Theater Moos'spritzer, das Theaterpädagogisches Zentrum, das Projekt „Sonic Vision“ franz.K, für die ambulante Wohnungssicherung der AWO, für die Miete Kulturschock Zelle und das Projekt „Lebenswert“ der Kreuzkirchengemeinde, neue Fenster für die Grundschule Oferdingen. Auch unterstützten wir den interfraktioneller Antrag Kidskonzept.

In den letzten Monaten wurden folgende Anträge der Linken Mehrheitlich beschlossen:

- Trinkwasserspender in der Stadt
- Toiletten für den Verkehrsübungsplatz
- Erweiterung des Nutzerkreises des Reutlinger Gutscheinshefts
- Konzept „Jugendhotel Nepomuk“ wird in den Ideenwettbewerb Postareal aufgenommen
- Zuletzt konnten wir uns über eine Mehrheit zum interfraktionellen Antrag „Reutlingen – ein sicherer Hafen“ freuen, einem Signal der Solidarität mit den Flüchtlingen, die in ihrer Not im Mittelmeer ihr Leben riskieren.

Umweltschutz beginnt in der Kommune

Wir alle kennen das, Gesetze kommen von oben, aus Berlin oder Brüssel, manche aus der Landeshauptstadt. Daran ist grundsätzlich nichts verkehrt, wir brauchen eine einheitliche Gesetzgebung. Beim Umsetzen jedoch wird sehr oft auf die Kommune oder den Einzelnen verwiesen.

Über Umweltschutz auf kommunaler Ebene schreibt Beate Ehrmann



FFH-Mähwiese Sondelfingen [Foto: Beate Ehrmann]

Viele wollen gerne Bienen schützen, scheuen aber den Aufwand. Hier könnte die Kommune helfend eingreifen: mit einer Pflanzbindung bei Neu- und Umbauten. Leider werden die natürlichen Wiesen an den Rändern der Stadt immer weniger, die Gier nach billigem Bauland immer größer. Es liegt an Stadt und Kreis, ob sie zulassen, dass Investoren unsere natürlichen Ressourcen und Naherholungsgebiete vernichten oder ob man die Vernetzung von Lebensraumtypen anstrebt: von Streuobstwiese zu blühender Mähwiese zu Waldgebiet. Es liegt an der Kommune, ob dem Kommerz oder dem Schutz der Natur und somit der Zukunft nachfolgender Generationen der Vorzug gegeben wird.

Das Dilemma

Leider setzen wir hohen Lebensstandard mit ständigem Wirtschaftswachstum gleich. Viele Kommunen wollen daher immer mehr Gewerbe und neue Bewohner anziehen. Das führt zu massivem Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr, jedenfalls dann,

wenn billiger Boden zubetoniert wird. Billig ist der Boden als Wiese oder Acker am Stadtrand oder den Teilorten. Allerdings wird diese Ausbeutung der Natur die zukünftigen Generationen teuer zu stehen kommen. Der dramatische Rückgang der Artenvielfalt zeigt sich deutlich bei Vögeln und Insekten. Gerade in den Teilorten steigt durch die flächenverbrauchende Ein-, Doppel- und Reihenhausbauung der Individualverkehr, die Luft wird belastet und das Klima weiter angeheizt. Denn in den Teilorten fehlen oft Einkaufsmöglichkeiten und der Fußweg zu den Bushaltestellen beträgt zwischen 500 und 800 m. Auch das fördert die bevorzugte Nutzung des eigenen Autos. Mehr Haltestellen würden jedoch die Fahrzeit verlängern – was auch nicht attraktiv ist.

Lösungen

Hinweise auf Lösungen gibt eine Studie der Universität Darmstadt, die Wohnraumpotentiale in urbanen Lagen durch Aufstockungen, Umwandlungen und Nachverdichtung bereits

genutzter versiegelter Flächen ausmacht. Auch aus energetischer Sicht ergibt die Aufstockung eingeschossiger Gewerbegebäude Sinn. Diese Flächen gibt es in unserer Stadt! Meist sind sie bereits gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen, sodass Stellplätze für Autos reduziert werden können. In anderen Städten mit gutem öffentlichen Verkehr gibt es bereits Wohnformen, bei denen die Bewohner auf ein eigenes Auto verzichten. Erstaunlicherweise fällt dies leicht – die Wohnungen sind schnell ausgebucht.

Eine Stadt der kurzen Wege

Das muss das Ziel sein – zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Autoverkehr wird dann unattraktiv. Es gäbe auch bei uns viele Straßen, die man als *Shared Space* ausweisen könnte. Aber eine Fahrradschnellstraße neben einer parallelen Fahrradstraße zu planen, das erinnert an einen Schildbürgerstreich. Richtig ärgerlich wird es, wenn dafür ein vor noch gar nicht allzu langer Zeit eingerichtetes Biotop vernichtet wird. Das Biotop war eine Ausgleichsmaßnahme für den Scheibengipfeltunnel, der jetzt eine weitere Umgehungsstraße mitten durch relativ stadtnahe Wohngebiete nach sich ziehen soll. Im Klartext: Mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr verdreckte Luft statt Naherholung.

Schließen wir uns *Fridays for Future* an. Stellen wir uns hinter ihre Forderungen. Stoppt die Ausbeutung der Natur! Ein gutes soziales Miteinander, eine lebenswerte Zukunft ist nur in einer intakten Umwelt möglich.

Wozu brauchen wir Artenvielfalt?

Für viele Menschen ist der Erhalt der Artenvielfalt eine intuitiv richtige Sache, etwas Wertvolles. Doch selbst wer die zynische Ansicht vertritt, dass das massive Artensterben ihm doch egal sein kann, solange es nicht gerade um die Art *homo sapiens* geht,

liegt falsch. Denn Artenvielfalt ist auch für das Wohlergehen des Menschen eine wichtige Grundlage, weil wir nicht isoliert leben, sondern innerhalb eines Ökosystems, das umso stabiler ist, je mehr Arten es enthält. Alles, wovon wir uns ernähren, selbst die

Luft, die wir atmen, muss von anderen Lebewesen erzeugt und uns zur Verfügung gestellt werden. Indem wir Artensterben zulassen, sägen wir also am Ast, auf dem wir sitzen. Schützen wir die Artenvielfalt, schützen wir uns selbst.

Kein Platz für Rassismus

Rassismus spaltet und hat deshalb keinen Platz in der gerechten Gesellschaft, die wir für Deutschland anstreben! Die AfD kämpft gegen „Überfremdung“ und Flüchtlinge. Dabei ist Pluralität eines der wichtigsten Merkmale unserer modernen, demokratischen Gesellschaft. Sie ist eine Herausforderung, aber vor allem unsere Stärke,

finden Anita Arndt, Sabine Ganowiak und Conrad Knittel.

Wir alle sind verantwortlich dafür, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt. Dafür, Gerechtigkeit und Frieden durch persönliche und politische Grundregeln zu erhalten und zu sichern. Wir alle sind verantwortlich, wenn sich Nationalismus und Rassismus gesellschaftlich und institutionell ausbreiten – wenn wir es zulassen. Es ist unsere Aufgabe und Verpflichtung, für die Achtung der Menschenrechte und gegen Rassismus in all seinen Facetten und Ausprägungen einzutreten. Sichtbare Vielfältigkeit ist ein schützenswertes Gut.

Woher kommt der Hass?

Wen das Erstarken der AfD und Bewegungen wie Pegida erschüttert und entsetzt, muss die Ursachen für deren Zulauf analysieren, z.B. soziale Ungerechtigkeit und Abstiegsangst, aber auch das Gefühl, die etablierte Politik habe den Kontakt zur Realität seiner Wählerschaft verloren – oder nie gehabt. Und wir müssen die tatsächlichen Ursachen für zunehmende Armut, sozialen Abstieg und Perspektivlosigkeit in Deutschland benennen, denn diese untermauern die Angst und den Hass, der von der AfD mit ihren vermeintlich einfachen Antworten geschürt und genutzt wird.

Gespent der Überfremdung

Die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Ausbreitung von rassistischen Tendenzen ist lange bekannt. Die Vereinten Nationen haben Deutschland wiederholt gerügt, zu wenig gegen Rassismus im Alltag vorzugehen. Es wurden zwar immer wieder Aufklärungskampagnen initiiert, Projekte gefördert, Menschenrechtsachtung eingefordert, Demokratiezentren eingerichtet... doch trotzdem greift der Rechtspopulismus – in Deutschland und europaweit – in der Gesellschaft und Politik um sich und erspinnt das Gespenst einer „Überfremdung“, die angeblich die nationale Identität gefährde.

Ein hausgemachtes Problem

Dabei wird übersehen oder bewusst verleugnet, dass es nicht die „nationale Identität“ ist, die Menschen überall in Deutschland gefährdet sehen, sondern ihre Zukunftsperspektive. Die zunehmende Perspektivlosigkeit eines immer größeren Teils der Bevölkerung hat aber überhaupt nichts mit Einwanderung und Flüchtlingen zu tun, sondern mit der Verantwortungslosigkeit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die sich ganz darauf fokussiert, den Reichtum der Wenigen zu mehren – mit der fadenscheinigen, ideologisch verblendeten Erklärung, dies führe – durch den *trickle down* Effekt – zu mehr Wohlstand auch für die Ärmern – eine Idee, die sich immer wieder empirisch widerlegt.

Bündnis gegen Rechts

Als einzige größere Partei erkennt DIE LINKE diese Zusammenhänge an. Im Kampf gegen den Rassismus hat sie dabei glücklicherweise viele Partner. In Reutlingen und Tübingen ist sie dem Bündnis „Gemeinsam und solidarisch gegen Rechts – in RT + Tü“ beigetreten. Hier treten Initiativen, Gewerkschaften, Parteien und soziale Gruppierungen dem Rechtspopulismus entgegen. Mit der ersten gemeinsamen Aktion am 8. Februar 2019 konnten zur Gegendemo zum „Neujahrsempfang“ der AfD über 600 Teilnehmer mobilisiert werden. Auf der Kundgebung sprach u.a. die Reutlinger Bundestagsabgeordnete der LINKEN Jessica Tatti und betonte gegen Ende ihrer prägnanten Rede,



Kundgebung gegen die AfD am 08.02.2019 in Reutlingen

Das Erstarken des Rechtspopulismus ist also ein hausgemachtes Problem der etablierten Politik in Europa und muss daher auf beiden Ebenen bekämpft werden: auf der Ebene des rassistischen Gedankenguts und auf der Ebene der menschenverachtenden Wirtschaftsagenda.

„dass heute von uns das unmissverständliche Signal ausgeht, dass Solidarität und nicht Spaltung die Grundlage unseres Zusammenlebens bildet und dass wir entschlossen für diese solidarische Gesellschaft eintreten. Die AfD hat in ihr keinen Platz!“

LINKE LISTE REUTLINGEN

Kandidat*innen für den Gemeinderat



„Ich setze mich für eine sozialere und lebenswertere Stadt ein und dafür, die Altstadt autofrei zu gestalten.“

Rüdiger Weckmann

Leitender Angestellter im Ruhestand
Gemeinderat: 01, Kreistag (WK1 Reutlingen): 06



„In die Stadtplanung sollen Kunst- und Kulturschaffende einbezogen werden, für kreative Ideen und neue Impulse“

Brigitte Braun

Erzieherin, Künstlerin
Gemeinderat: 08, Kreistag (WK1 Reutlingen): 07

„Die vielseitigen Themen in unserer Stadt können nicht einzeln betrachtet sondern müssen in Einklang gebracht werden“

Carola Rau

Kinderkrankenschwester
Gemeinderat: 02, Kreistag (WK1 Reutlingen): 22



„Jedes politische Handeln muss die Gegenprobe der sozialen und ökologischen Verträglichkeit bestehen.“

Marc Gminder

Toningenieur, GmbH Geschäftsführer
Gemeinderat: 03, Kreistag (WK1 Reutlingen): 02



„Ein gutes soziales Zusammenleben ist nur in einer intakten Umwelt möglich.“

Beate Ehrmann

Hochschuldozentin Digitale Medien
Gemeinderat: 04



„Klare Position gegen Rechtspopulismus und Nationalismus!“

Evelyn Oswald-Straub

Fachwirtin für Organisation und Führung (sozial)
Gemeinderat: 10, Kreistag (WK2 Metzingen): 02



„Ich setze mich ein für Bildungschancen, echte Integration, bezahlbare Wohnungen und Stadtentwicklung.“

Theodoros Papadopoulos

Selbstständiger Buchhalter
Gemeinderat: 05, Kreistag (WK3 Pfullingen): 01



„Als eine der Sprecherinnen der LAG-Frauen Ba-Wü gehört mein Hauptanliegen der Frauenfrage. Mit allem, was dazu gehört.“

Eva Vogt

Buchhalterin
Gemeinderat: 15, Kreistag (WK1 Reutlingen): 09



„Aus etlichen in meiner Heimatstadt geführten politischen Kämpfen heraus: weiterhin souverän begleitende Erfahrung für unsere künftige Kreistagsfraktion.“

Thomas Ziegler

Rechtsanwalt
Kreistag (WK1 Reutlingen): 04



„Ein pulsierendes Nachtleben und Entspannung in der Stadt sind kein Widerspruch.“

Timo Widmaier

Fachinformatiker

Gemeinderat: 07, Kreistag (WK1 Reutlingen): 08



„Ich stehe für einen Ausbau der sozialen Gesellschaft.“

Dieter Klett

Sozialpädagoge

Kreistag (WK2 Metzingen): 01

„JA zur öffentlichen Daseinsvorsorge, NEIN zur profitgetriebenen Privatisierung von Wohnen und Gesundheit!“

Günter Herbig

Rentner

Kreistag (WK4 Pliezhausen...): 01



„Inklusion bedeutet für mich, dass alle Menschen dazu gehören. Unabhängig von Sprache, Aussehen oder Handicap.“

Thomas Müller

Rentner

Gemeinderat: 09, Kreistag (WK1 Reutlingen): 10



„Ich kann nicht alles besser, aber ich will das alles ein bisschen gerechter wird“

Karsten Heinrich

Gesamtbetriebsratsvorsitzender

Kreistag (WK5 Bad Urach...): 01

„Für einen stabilen Landkreis müssen Gesundheitsversorgung und ÖPNV auch in der ländlichen Region gefördert werden.“

Mark Staiger

Heilerziehungspfleger

Kreistag (WK5 Bad Urach...): 02



„Gesundheit ist keine Ware- unsere Kreiskliniken sollen in eigener Verantwortung betrieben werden!“

Petra Braun-Seitz

Verwaltungsangestellte, freigestellte Personalrätin

Kreistag (WK1 Reutlingen): 01



„Ich bin für einen besseren Ausbau des ÖPNV auch auf dem Land statt weiteren Straßenbau.“

Herbert Ostertag

Dipl. Sozialpädagoge (FH), Altenpflegehelfer

Gemeinderat: 30, Kreistag (WK8 Münsingen...): 01

„Mehr Verteilungsgerechtigkeit! Damit die immer größer werdende soziale Schere nicht zur Verrohung unserer Gesellschaft führt.“

Regina Mayer

Diplom Sozialpädagogin (FH)

Kreistag (WK6 Eningen): 01



Abgelehnt: Unser Kandidat Dervis Gülsoy

Weil er keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, sondern die türkische, hat unser Kandidat Dervis Gülsoy weder aktives noch passives Wahlrecht, auch auf kommunaler Ebene. Dabei ist er hier geboren, lebt und arbeitet in Reutlingen und zahlt seine Steuern hier. *Ein Interview.*



F: Könntest du nicht die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen?

D: Unter bestimmten Voraussetzungen geht das. Aber es ist ein relativ langer bürokratischer Prozess und zeitlich hat's eben nicht gereicht.

F: Aber hättest du dich dann nicht früher drum kümmern sollen?

D: Das kann man so sehen. Aber das

grundsätzliche Problem ist doch, dass Leute, die hier geboren und aufgewachsen sind und auch hier politisch mitgestalten möchten, daran gehindert werden.

F: Man könnte ja auch fragen, wieso den nicht-deutschen EU-Bürgern dieses Recht eingeräumt wird.

D: Genau. Und es kann gute Gründe geben, warum Menschen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollen. Manche wollen nicht mit ihrer traditionell eingestellten Familie brechen. Manchen ist der Vorgang zu kompliziert. Man muss dabei auch bedenken, dass das ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung ist. Wir sprechen von türkischstämmigen und arabischstämmigen Menschen, aber z.B. auch von russischstämmigen. Das sind viele Menschen, die von der politischen Partizipation ausgeschlossen werden.

Das kann durchaus mit ein Grund dafür sein, wenn sie sich hier nicht akzeptiert fühlen

Mobilität in Reutlingen – „Green-City-Plan“

Reutlingen steht im Stau. Im Stau stehen auch Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zur Verbesserung der umweltfreundlichen Mobilität. Nun soll ein „Green-City-Plan“ die Prozesse etwas beschleunigen.

Das neue Buskonzept wird ab September 2019 den Stau hoffentlich etwas auflösen. Weniger ambitioniert läuft die Umsetzung des „Masterplan Radverkehr“. Bis 2030 soll sich der Radanteil am Verkehr von 15 auf 25 % steigern.

Green-City-Plan

Im vom Bund finanzierten Green-City-Plan (GCP), der im Gemeinderat erst noch diskutiert werden muss, sind Maßnahmen vorgeschlagen, die auf ihre Umsetzung warten. Darunter der Ausbau von Radhauptachsen im zentralen Stadtgebiet und die Anbindung der Stadtbezirke. Dabei sind die höheren Anforderungen und Risiken durch elektrogestützte Fahrräder zu berücksichtigen. Ebenso muss ein Schulwegkonzept für Fuß- und Radverkehr erstellt werden. Im GCP wird die starke Vernachlässigung des Fußverkehrs in der Verkehrsplanung kritisiert.

Autofreie Altstadt

Den Vorschlag, autoarme Modellquartiere in Reutlingen einzurichten, unterstützen wir gerne. Unverständlich ist uns jedoch, warum die Planer

den interfraktionellen Antrag für eine autofreie Altstadt nicht aufgegriffen haben. Manchmal denken Stadträte scheinbar weiter als Verkehrsexperten.

Die Vorbehalte gegen die autofreie Altstadt, für die ein zehnjähriger Umsetzungszeitraum vorgeschlagen ist, lauten: Schwächung des Einzelhandels, Anlieferungsprobleme und Benachteiligung mobilitätseingeschränkter Menschen. Diese Vorbehalte lassen sich schnell widerlegen: Dort, wo autofreie Innenstädte bereits Realität sind, steigerte sich der Einzelhandelsumsatz. Anlieferungen können durch E-Lastenbikes und Elektrotransporter umweltfreundlich umgesetzt werden. Unser Antrag dazu fand im Januar 2018 eine Mehrheit. Im GCP wird ein (autonom fahrender) Altstadtbus vorgeschlagen. Einkäufe können mit E-Lastenrädern den Kunden ins Haus geliefert werden.

Weniger ist mehr

Der GCP schlägt 221 Einzelmaßnahmen vor. Diese gehen fast alle in eine Richtung:

Verminderung der individuellen Auto-

nutzung und attraktive Alternativen zum Auto. Das schafft Raum für Fußgänger und Radfahrer. Weniger fahrende und stehende Autos machen die Stadt für alle attraktiver, besonders aber für Kinder, Senioren und mobilitätseingeschränkte Menschen. Sie machen Platz für mehr Grün, für Straßen-Cafés und für eine bessere Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Unsere Anträge zur Luftreinhaltung fanden im Gemeinderat am 1. März 2018 zu einem Teil die Zustimmung der Mehrheit:

- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung
- Einrichtung von Mobilitätspunkten
- Innerstädtische Anlieferungen nur noch durch Lastenbikes
- Park&Ride in Reutlingen

Wir freuen uns, dass sich unsere abgelehnten Vorschläge im GCP wiederfinden: Die Forderung nach einem Fußverkehrskonzept und das Angebot einer Mobilitätsberatung.

Rüdiger Weckmann

Reutlingen for Organisation, Solidarity and Actions

ROSA stellt sich vor.

Wir sind eine Gruppe politisch interessierter Menschen aus Reutlingen und Umgebung. Unser öffentliches Plenum findet immer am ersten Donnerstag des Monats statt. Dort ist jede*r willkommen, egal welchen Alters, Geschlechts, Aussehens, etc., solange er*sie niemanden diskriminiert oder menschenverachtende Hetze verbreitet. Hier sprechen wir über aktuelle und prinzipielle Themen.

An jedem dritten Donnerstag des Monats veranstalten wir das Infocafé. Hier werden von Referent*innen und Filmemachern unterschiedliche gesellschaftspolitische Themen behandelt. Die Themengebiete reichen von Naturschutz, die Auswüchse des Kapitalismus, Sexismus bis hin zu Rechtsextremismus. Am Ende der Vorträge gibt es immer die Möglichkeit, in einer entspannten Atmosphäre gemeinsam zu diskutieren. Hierbei ist uns wichtig, dass alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, etc. sich ohne jegliche Diskriminierung an den Gesprächen beteiligen können.

Doch auch außerhalb unserer Regelveranstaltungen setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der nicht nur auf dem Papier alle Menschen gleich sind. Dies betrifft nicht nur rechtsextreme Umtriebe, sondern auch das herrschende Wirtschaftssystem und hierarchische Strukturen.

Jenseits von einer utopischen Vorstellung, wie die Welt einmal aussehen soll, müssen wir uns dennoch auch darum bemühen, dass sich der Status Quo nicht verschlechtert. Deshalb wollen wir rechten Strukturen in Reutlingen keinen Raum bieten. Wir mobilisieren, wann immer wir können, gegen solche Veranstaltungen und setzen uns gemeinsam mit unseren Mitstreiter*innen für Akzeptanz und Vielfalt ein. Beispiele hierfür sind die Gegenkundgebungen zu verschiedenen Veranstaltungen der AfD, wie z.B. deren Neujahrsempfang.

Wir sind aber nicht nur auf eigene Faust unterwegs. Es ist uns wichtig, mit den anderen regionalen Organisationen an einem Strang zu ziehen. So konnten wir gemeinsam 600 Menschen zur Demonstration gegen den diesjährigen AfD-Neujahrsempfang mobilisieren. Das war ein schönes Zeichen dafür, dass wir mit unseren Weltvorstellungen nicht alleine stehen, sondern auch in der Region viele Mitstreiter*innen haben. Wir werden nicht zulassen, dass sich menschenverachtende Strukturen in Reutlingen breitmachen.

Aber uns ist es ein großes Anliegen, zu betonen, dass wir bei ROSA und unseren Veranstaltungen selten eine Antihaltung einnehmen. Wir wollen mit unserer Arbeit eine Perspektive für eine bessere Welt aufzeigen. Das geht nur, wenn wir unsere eigenen Inhalte und unsere Vorstellungen von einem besseren Leben mit vielen anderen Menschen diskutieren können. Denn nur durch Feedback und den ständigen Austausch ist eine Weiterentwicklung möglich.

Wir freuen uns über alle, die sich einbringen möchten und laden euch ein, uns bei unserem Plenum oder einem der Infocafés im Haus der Jugend zu besuchen. Falls ihr neugierig geworden seid und euch näher informieren wollt, findet ihr uns auch im Internet:

www.rosa-reutlingen.de
www.facebook.com/RosaReutlingen.

ÖPNV: Für 1 Euro pro Tag

Aus dem Gemeinderat berichtet Carola Rau, Stadträtin LINKE LISTE Reutlingen

So war es zu lesen: Ab dem 1. Januar 2019 kostet es einen Euro pro Tag, in der Wabe 220 mit dem Bus zu fahren. Welche Freude! Das kann sich auch jemand mit kleinem Einkommen ab und an gönnen. Aber was muss man erfahren? Es handelt sich dabei um die umgerechneten täglichen Kosten beim Erwerb eines Jahrestickets.

Die monatliche Rate von 33 Euro können sich nun doch viele potentielle Fahrgäste nicht leisten. Und warum müssen gerade die, die es sich nicht leisten können, den Jahresbeitrag in einem Rutsch zu bezahlen, 31 Euro mehr zahlen?

Man bedenke: Im Warenkorb für Hartz IV Bezieher ist ein Anteil von 26 Euro für Bahn- und Busfahrten im Monat vorgesehen. Das heißt, sie könnten davon nicht einmal dieses Ticket bezahlen, geschweige denn sich dann auch außerhalb Reutlingens bewegen.

Die Angestellten der Stadt bekommen 24 Euro Zuschuss, somit kostet sie ein Monatsticket nur 9 Euro. Das ist eine gute Sache, um dringend gesuchte Mitarbeiter zu finden und zu ermutigen auf den ÖPNV umzusteigen. Auch wir haben dem im Gemeinderat zugestimmt, allerdings mit der Bemerkung, dass wir für unsere bedürftigen Menschen hier in Reutlingen ebenso etwas tun müssen. **Was wir brauchen ist ein echtes 1-Euro-Tagesticket!**



EUropa nicht den Rechten und nicht den Neoliberalen überlassen!

Am 26. Mai wird neben den kommunalen Gremien auch die Zusammensetzung des Europaparlaments neu bestimmt. Alle Prognosen gehen davon aus, dass sich die Mehrheitsverhältnisse durch die Wahlen verändern werden. Daraus ergeben sich Gefahren, aber auch Chancen für LINKE EU-Politik.

Ein Beitrag unserer LINKEN Europawahlkandidatin Claudia Haydt

Seit es das Europaparlament gibt, wurden die wesentlichen Entscheidungen zumeist von einer schwarz-roten "Großen Koalition" gefällt. Besonders die europäischen Sozialdemokraten werden wohl bei den anstehenden Wahlen deutlich verlieren, aber auch die Parteienfamilie, zu der CDU und CSU gehören, die Europäischen Volksparteien, werden schrumpfen, auch wenn sie wohl immer noch die größte Parteienfamilie in Brüssel stellen werden.

Ganz sicher ist auch das nicht, denn die extreme und populistische Rechte, die bisher auf drei Fraktionen verteilt war, könnte sich nach dem 26. Mai in einer Fraktion zusammenfinden. Europaweit sind die Grünen, im Gegensatz zur Situation in Deutschland, eher auf dem absteigenden Ast und die Liberalen, unterstützt von Frankreichs Präsident Macron, werden bereits jetzt als die möglichen Gewinner gehandelt.

Die politischen Weichenstellungen in Brüssel könnten also darauf hinauslaufen, dass eine "alternativlose" Entscheidung zwischen mehr Neoliberalismus oder mehr Rechtspopulismus ansteht.

In dieser Konstellation ist es wichtig eine starke linke Fraktion in Brüssel zu verankern, die für ein solidarisches, friedliches und ökologisches EUropa kämpft. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die LINKE Fraktion zukünftig gestärkt ins Parlament einzieht. Dabei kommt es aber auch auf das Ergebnis in Deutschland an.

Mehr Krieg oder mehr Frieden?

Eine starke linke Handschrift in Brüssel ist wichtig, denn es wird im Europaparlament nicht mit festem Fraktionszwang abgestimmt und es haben sich in der Vergangenheit auch immer wieder überraschende linke Mehrheiten gefunden. So hat sich das EP

mehrheitlich für den Atomwaffenverbotvertrag und für strengere Regeln beim Rüstungsexport ausgesprochen. Letzteres auf Initiative der LINKEN Europaparlamentarierin Sabine Lösing. Besonders wichtig werden in der nahen Zukunft die Beratungen für den nächsten mehrjährigen Haushalt der EU sein. Momentan sind dort (und in diversen Parallelhaushalten) etwa 100 Milliarden für Krieg und Abschottung vorgesehen. Gleichzeitig sollen die schon jetzt sehr knapp bemessenen Mittel für den sozialen und ökonomischen Zusammenhalt der EU (Kohäsionsfonds) um 10 Prozent gekürzt werden. Das betrifft auch die Möglichkeit von Kommunen und Regionen ihre Planungen mit EU-Geldern umsetzen zu können. Der ohnehin schon recht bürokratische Zugang zu diesen Mitteln soll zudem noch weiter erschwert werden. Bis jetzt ist das allerdings erst ein Entwurf und es kommt auf die neuen Mehrheiten an, was davon umgesetzt wird.

Interessen der Menschen

Angesichts dessen machen LINKE Vorschläge Druck in eine andere Richtung. Wir kämpfen für ein Europa, in dem die Interessen der Menschen über den Profitinteressen stehen. Statt am Wettbewerb soll sich die EU an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Im Vordergrund der EU-Politik muss stehen, was gebraucht wird: bezahlbare Wohnungen, flächendeckender und kostenfreier Nahverkehr, soziale Mindeststandards und Schutzschirme gegen Erwerbslosigkeit,

Krankheit und Armut. Um das zu finanzieren müssen zukünftig internationale Konzerne angemessen besteuert (Digitalsteuer etc.) und der Steuerdumpingwettbewerb zwischen den europäischen Staaten beendet werden. Mit genügend Druck gelingt es, Mindeststandards für Unternehmensteuern in ganz Europa festzusetzen.

Obwohl viele zentrale Elemente der EU-Verträge ausgesprochen problematisch sind, lässt sich auch jetzt schon einiges zur konkreten Verbesserung der Lebenssituation von Men-

schen erreichen - wenn es politisch gewollt ist.

Die EU kann momentan noch sozialen Wohnungsbau über das Wettbewerbsrecht einschränken. Es ist jedoch möglich "Bereichsausnahmen" zu definieren, in denen das Wettbewerbsrecht nicht zur Anwendung kommt.

Für die Immobilien-Lobby wollen wir die Spielräume schließen. Die Mitgliedstaaten müssen verpflichtet werden, einen festen Anteil von Sozialwohnungen nachzuweisen, für den dauerhafte Sozialbindung besteht.

Linke EU-Politik

Mit solchen und zahlreichen weiteren Vorschlägen wollen wir kurzfristige Änderungen bewirken und gleichzeitig setzen wird uns für einen echten Neustart der EU ein, also für neue Verträge, die zusammen mit den Menschen und für diese diskutiert und entwickelt werden.

Für ein Europa der Millionen - nicht der Millionäre.



Claudia Haydt, LINKE Europaliste 7

Schluss mit Arbeiten bis zum Umfallen

In Deutschland müssen Beschäftigte zu viel arbeiten. Die Arbeitgeber profitieren kurzfristig – sie sparen Kosten durch unbezahlte Überstunden. Doch zu viel Arbeit macht die Betroffenen krank und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

MdB Jessica Tatti, Sprecherin für Arbeit 4.0 der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, berichtet aus Berlin.

Im Jahr 2017 haben Beschäftigte in Deutschland 2,1 Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbezahlt – ein neuer Höchststand seit 2007. Das Arbeitsvolumen von bezahlten und unbezahlten Überstunden würde rechnerisch ausreichen, um 1,29 Millionen Vollzeit-Arbeitsplätze zu schaffen.

Skandalöse Zustände

Diese Zahlen sind skandalös, passen aber ins Bild einer allgemeinen Zunahme der Arbeitsverdichtung: Laut einer aktuellen Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) machen Beschäftigte im Schnitt vier Überstunden pro Woche. Besonders betroffen sind dabei befristete Beschäftigte. Mehr als ein Viertel aller Beschäftigten sind zudem häufig von Pausenausfällen betroffen; bei den jüngeren Beschäftigten sogar fast ein Drittel.

Als Grund gibt die Mehrheit der Beschäftigten an, die Arbeit in der ver-

einbarten Arbeitszeit schlichtweg nicht zu schaffen. Stress, Arbeitshetze und Überlastung bestimmen den Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Regelmäßige Arbeitszeiten über acht Stunden täglich hinaus machen nachweislich krank, erhöhen das Unfallrisiko und isolieren Beschäftigte von ihren Familien und Freunden. Wir sehen einen dramatischen Anstieg der Krankentage aufgrund von psychischen Belastungen. Die Ausfalltage auf Grund von Burnout und Stress haben sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Während Beschäftigte bis zum Umfallen arbeiten, verzeichnen die deutschen DAX-Konzerne 2018 das profitabelste Jahr ihrer Geschichte. Sie bereichern sich dabei auch auf dem Rücken ihrer Beschäftigten: Allein im Jahr 2017 haben Unternehmen über 36 Milliarden Euro gespart, weil die Beschäftigten Überstunden zum Nulltarif geleistet haben.

Schluss damit

Die Bundesregierung muss endlich handeln und die Beschäftigten vor Ausbeutung schützen. DIE LINKE fordert eine Verkürzung der gesetzlichen Wochenhöchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden. Die Lösung für das Überstundenproblem ist simpel: Wenn die Arbeitsmenge in der vertraglichen Arbeitszeit nicht zu schaffen ist, muss mehr Personal eingestellt werden. Davon profitieren alle Menschen und davon profitiert die Gesellschaft.

Wir wollen zudem die Rechte von Betriebs- und Personalräten stärken, damit diese ein zwingendes Mitbestimmungsrecht sowohl bei der Dauer und Lage der Arbeitszeit als auch bei der Personalbemessung erhalten. Auch eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor arbeitsbedingten Belastungen, wie sie die IG-Metall seit Jahren fordert, ist längst überfällig. Dafür setzen wir uns ein.



ATTAC – Zu laut geworden?

Der Bundesfinanzhof hat Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt. Begründet wird dies damit, dass "Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung [...] keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt." Das zeigt, wie verrückt unsere Welt geworden ist. ATTAC wird notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

So ergeht es vielen, die sich kritisch und laut gegen neoliberale Politik, für soziale Gerechtigkeit und für gerechten Welthandel engagieren – d.h. nach jedem normalen Maßstab gemeinnützig sind. Gemeinnützig anerkannt ist dagegen die „Deutsche Gesellschaft für Wehr-

technik“, eine Rüstungslobby mit massivem Einfluss auf die Politik, bestens vernetzt in Wirtschaft, Medien, Bundeswehr und Wissenschaft. Was ist daran gemeinnützig? Oder auch das „Europäische Institut für Klima & Energie“ (EIKE), das die menschenverursachten Klimaschäden leugnet.

Doch wir lassen uns durch dieses Fehlurteil nicht einschüchtern – und nicht aufhalten.

Die aktuelle Kampagne für eine ökologische Verkehrswende:

Einfach.Umsteigen - Mobilität für alle!
Jetzt erst recht!

Thomas Müller, Attac Reutlingen

Links in Reutlingen

Links in Reutlingen bewegt sich eine stetig wachsende, facettenreiche Gruppierung aus Mandatsträgern, Wissenschaftlern, Fachleuten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in verschiedenen Gremien, Arbeitsgruppen und Initiativen. Ihre gemeinsamen Werte der Menschlichkeit, ihr Sinn für soziale Gerechtigkeit und ihr hoher Respekt gegenüber unseren natürlichen Ressourcen sind Grundlage für ihr lokalpolitisches Handeln. In diesem Sinne setzt sie sich für ein harmonisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft, für eine gerechte Wirtschaft, die Mensch und Umwelt nicht aus den Augen verliert und für den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte und des Friedens ein. Ein kleiner Einblick in unsere Strukturen:

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Der Landesverband DIE LINKE in Baden-Württemberg gliedert sich in Kreisverbände. Der Kreisverband Reutlingen umfasst das Gebiet innerhalb der Verwaltungsgrenzen des Landkreises und ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Aufgaben seines Gebietes, sofern durch die Bundes- oder Landessatzung keine andere Zuständigkeit bestimmt wird.

Am 01.10.2018 hat die Mitgliederversammlung ihren neuen Vorstand gewählt.

Er setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden Vorstand Petra Braun-Seitz und Rüdiger Weckmann, den Beisitzer*innen Jessica Tatti, Sabine Ganowiak, Marc Gminder, Hans Schäfer, Günter Busch und der Kassiererin Maggy Herbig.

Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind in der Regel mitgliederöffentlich.

LINKE LISTE Reutlingen

Die LINKE LISTE wurde 2008 als Verein gegründet. Sie stellt die Kandidaten für die Wahl des Gemeinderats. Die LINKE LISTE steht auch denjenigen offen, die nicht Parteimitglied sind.

Der Verein LINKE LISTE Reutlingen orientiert sich an den gleichen politischen Werten wie DIE LINKE.

Bundestagsmandat

Seit der Bundestagswahl 2017 ist Jessica Tatti Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist Mitglied des Landesvorstands der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg und war von 2014 bis 2017 Stadträtin in Reutlingen.

Gemeinderat Stadt Reutlingen

Die LINKE LISTE Reutlingen ist im Gemeinderat durch Carola Rau (seit April 2018) und durch Rüdiger Weckmann (seit November 2017) vertreten.

Kreistag

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag bilden Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler.

Linker Arbeitskreis Kommunalpolitik (LAK)

Der LAK ist unser 14-tägiger kommunalpolitischer Arbeitskreis. Hier werden alle aktuellen Themen diskutiert, die Stadt und Landkreis betreffen. Es entstehen Ideen für unsere Region und Lösungen für lokale Herausforderungen. Im LAK treffen und koordinieren sich fachspezifische Arbeitsgruppen und darüber hinaus wird die Arbeit der Mandatsträger unterstützt.

Der LAK ist ein Ort für aktive politische Arbeit „links in Reutlingen“ und offen für alle Interessierten.

Treffen und Termine:

Kreisvorstandssitzungen

Monatlich für Mitglieder öffentlich im Büro in der Karlstraße 16

Mitgliederversammlungen

Auf schriftliche Einladung in der Regel zwei Mal jährlich im Büro in der Karlstraße 16

Linker Arbeitskreis Kommunalpolitik (LAK)

Montags 14-tägig jeweils 19:30 Uhr im Büro Karlstraße 16

Stammtisch

Jeweils am ersten und dritten Mittwoch des Monats ab 19:30 Uhr im Café Nepomuk, Unter den Linden 23

Bekanntgabe der genauen Termine, Terminänderungen und weitere Veranstaltungen: die-linke-reutlingen.de und lili-rt.de

Kontakte:

Stadträtin Carola Rau

E-Mail: carolarau@web.de

Stadtrat Rüdiger Weckmann

E-Mail: weckmann@kabelbw.de

Kreisrätin Petra Braun-Seitz

E-Mail: p.braun-seitz@t-online.de

Kreisrat Thomas Ziegler

E-Mail: ziegler.rae@gmx.de

Jessica Tatti (MdB)

Wahlkreisbüro Reutlingen

E-Mail: jessica.tatti.wk@bundestag.de

Telefon: 07121 5509911



DIE LINKE.

IMPRESSUM

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Karlstraße 16, Eingang Mauerstr.

72764 Reutlingen

Telefon: 07121 8793039

Fax: 07121 8793038

E-Mail: linke-buero@gmx.de

www.die-linke-reutlingen.de

www.lili-rt.de

V.i.S.d.P.: Rüdiger Weckmann

LINKE LISTE

Mitmachen...

facebook.com/dielinkereutlingen

Wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter und über Neumitglieder. Komm uns einfach im LAK besuchen oder schreibe uns, wenn du Fragen hast.

linke-buero@gmx.de

